

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Grünewald, Glawischnig-Piesczek, Van der Bellen, Freundinnen und Freunde

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

eingebracht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag betreffend Umsetzung der Beschlüsse des Nationalrates vom 24. September 2008 zur Finanzierung der Universitäten

Begründung:

Das Amt des Ministers /der Ministerin für Wissenschaft und Forschung liegt seit dem Jahr 2000 fest in schwarzer Hand. Zuerst Gehrler, dann Hahn: Eine Chronologie der Misere. Halbherziges und oft rein anlassbezogenes politisches Agieren ohne langfristige, klare Zielsetzungen über die Aufgaben von Universitäten und Fachhochschulen haben das letzte Jahrzehnt geprägt. Jährlich werden Universitäten und Ihre Angehörigen mit Notverordnungen und „Feuerwehraktionen“ konfrontiert, ohne jemals eine notwendige Grundsatzdebatte über Bildung und Forschung geführt und langfristige Strategien mit allen Akteuren akkordiert zu haben. Geschickt formulierte Aussagen und in ihrem wissenschaftlichen Wert zum Teil äußerst fragwürdige Studien sollen über jahrelange Versäumnisse österreichischer Hochschulpolitik hinwegtäuschen und bekannte Defizite beschönigen.

Nicht nur ausgewiesene ExpertInnen bezeichnen dies als komplettes Versagen der Hochschulpolitik. Diese Diagnose wird durch die jährlichen Berichte der OECD (Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren), die seit Jahren den unterdurchschnittlichen AkademikerInnenanteil, die geringen Übertrittsquoten in den tertiären Bildungssektor und die vergleichsweise niedrigen Budgets österreichischer Universitäten kritisieren, nur bestätigt. Internationale Rankings wurden vom zuständigen Minister entweder negiert oder deren Aussagekraft für Österreich in Abrede gestellt. Während die seit mittlerweile drei Wochen dauernden Proteste der Studierenden an allen Universitätsstandorten gerade diese Grundsatzdebatte einmahnen und versuchen, über rein studentische Anliegen hinausgehend generelle Probleme der Bildungspolitik anzusprechen, stellt man sich von Seiten der ÖVP taub oder versucht, die Anliegen der Studierenden in Misskredit zu bringen.

Den Studierenden ist es aber, im Gegensatz zu den politisch Verantwortlichen, gelungen, der breiten Öffentlichkeit das Problem mangelnder Ressourcen der Universitäten und Fachhochschulen zu kommunizieren. Dass der angehende EU-Kommissar und noch Wissenschafts- und Forschungsminister Hahn im Hauptausschuss des Nationalrates eine positive Bilanz seiner Bildungspolitik gezogen hat, kann nur als Zeichen völliger Realitätsverweigerung gedeutet werden.

Das Amt eines Wissenschaftsministers / einer Wissenschaftsministerin erfordert neben hoher fachlicher Kompetenz einen redlichen Umgang mit Daten und Fakten sowie einen ehrlichen und engagierten Dialog mit den betroffenen Studierenden, Lehrenden und ForscherInnen. Bundesminister Hahn zeigt hier nicht einen Bruchteil

des temperamentvollen Engagements und der Kreativität der Studierenden und ihrer Unterstützer. Die notgedrungene Einladung zu einem Hochschul-Dialog erfolgte erst mit beträchtlicher Verspätung und startet diesen am 25. November 2009. Auch die Bereitstellung von zusätzlichen 34 Millionen Euro für Verbesserungsmaßnahmen trifft die wahren Probleme nicht im Kern und soll nur über das Ausmaß der tatsächlichen Defizite hinweg täuschen.

Österreich braucht eine offensive Bildungs- und Forschungspolitik. Die Zeit des Täuschens, Tarnens, des Beschönigens und des Negierens von Problemen muss ein Ende haben. Die Reduktion der Diskussion auf Studiengebühren und Zulassungsverfahren kann eine Grundsatzdebatte nicht ersetzen.

Gerade jetzt brauchen die Universitäten eine/n handlungsfähige/n und zukunftsfähige/n Minister/in, der/die sein/ihr eigenes Wort auch im nächsten Jahr halten kann. Universitätspolitik erlaubt keine bildungspolitische Agonie und kein forschungspolitisches Nirwana. Daher muss die Frage der NachfolgerIn des Ministers umgehend geklärt und öffentlich gemacht werden.

1) Versagen, Täuschen und Tarnen bei den Budgetverhandlungen

Die Budgetrede von Finanzminister Pröll am 21. April 09 ließ im ersten Moment den Wissenschaftsminister als Krisengewinner und guten Verhandler dastehen: 1,2 Milliarden Euro zusätzlich. Was ist daraus geworden? Oder soll uns dies bloß an den ehemaligen Minister Grasser erinnern?

21. 04. 2009, *Presse und News*, www.bmwf.gv.at

„Zweistelliges Plus für Wissenschafts- und Forschungsministerium“

„Wissenschaft und Forschung sind klare Schwerpunkte der Regierungsarbeit, die sich im Budget deutlich wiederfinden“

„Wissenschaft und Forschung brauchen eine stabile und verlässliche Finanzierung – dies wird mit dem vorliegenden Budget gewährleistet. Der Wachstumspfad wird fortgeführt - der Wissenschafts- und Forschungsstandort Österreich weiterhin gestärkt und ausgebaut.“

"Bei den Universitäten haben wir ein verlässliches Paket für die kommenden drei Jahre geschnürt. Den Unis stehen zwischen 2010 und 2012 1,6 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Das sind jährlich über 500 Millionen Euro mehr als noch 2008. Nach Abzug des Studienbeitragsersatzes in Höhe von 157 Millionen Euro bleibt ein jährliches Plus zwischen 355 und 391 Millionen Euro. Das entspricht einer Erhöhung von 16 bis 17 Prozent trotz Startnachteil durch den Studiengebühren-Beschluss."

Wahr ist vielmehr:

Leistungsvereinbarungsperiode 2007 – 2009: Globalbetrag für insgesamt 3 Jahre: ca. 6,8 Milliarden Euro.

Leistungsvereinbarungsperiode 2010 – 2012: Globalbetrag für insgesamt 3 Jahre: ca. 7,4 Milliarden Euro.

Das ergibt im Vergleich dieser beiden Dreijahresperioden eine Steigerung um ca. 9 % und nicht um 16 – 17 %, wie seit Wochen fälschlich behauptet wird. Eingerechnet in diese Budgets sind aber auch die für 2010 bis 2012 geplanten Vorfinanzierungen der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) für Hochschulneubauten, die bekanntlich von den Universitäten in Form von künftigen Miet- und Betriebskosten (plus Preisaufschlag für Erträge der BIG) wieder zurückgezahlt werden müssen.

Abweichend von parlamentarischen Mehrheitsbeschlüssen wurde als Ersatz des Entfalls der Studiengebühren lediglich ein jährlicher Fixbetrag von 157 Millionen Euro budgetiert, somit nicht der wahren Entwicklung der Studierendenzahlen angepasst. Auch die Mehrkosten des Kollektivvertrages wurden den Universitäten nicht zur Gänze abgegolten. Zudem entgehen den Universitäten die vom FWF geplanten Overheadkosten, die aufgrund der knappen FWF Budgets sistiert werden mussten. Viele notwendige Sanierungsmaßnahmen dienen der Umsetzung von ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen und sind somit wohl kaum forschungswirksam. Ungelöst blieb auch der überhöhte klinische Mehraufwand, der von den Ländern vielfach zur Defizitabdeckung ihrer Landeskrankenhäuser verwendet wird.

Größere Veränderungen im Hochschulbudget 2009 gegenüber 2008 (Überschlagsmäßige Rechnung ohne Kosten für Beamte, bzw. für Bau- und Sanierungsarbeiten, bzw. klinischer Mehraufwand):

1) Erhöhung des Universitätsbudgets im engeren Sinn = Bestandteil des Uni-Globalbetrags (in Mio. Euro):

Bezugserhöhungen 2008	+ 28,3
Bezugserhöhungen 2009	+ 37,3
Uni-KV 2009	+ 50,0
Vertragliche Erhöhung Uni-Globalbetrag 2009	+ 25,0
	+ 140,6

2) Sonstige Sachausgaben im Hochschulbudget im weiteren Sinn (in Mio. Euro):

Abdeckung Entfall Studiengebühren	+ 157,0
Fachhochschulen	+ 19,5
FWF	+ 70,8
ISTA (Eliteuniversität)	+ 2,8
Studienförderung	+ 9,4
	+ 259,5

Das ergibt in Summe jene ominöse Zahl von ca. 400 Mio. Euro, die in der Öffentlichkeit offenbar als Erhöhung des Hochschulbudgets von 2008 auf 2009 kolportiert wurde.

Aber:

- Rund zwei Drittel dieser sogenannten Erhöhung des Hochschulbudgets von 2008 auf 2009 beziehen sich auf Kosten, die von den Universitäten weder verursacht wurden noch in Hinkunft beeinflusst werden können.

- Diese sogenannte Erhöhung des Hochschulbudgets um rund 400 Mio. Euro erweist sich als große Täuschung, wenn man bedenkt, dass der FWF bisher vom BMVIT budgetiert wurde (77,2 Mio. Euro) und die Kompensation des Entfalls der Studiengebühren (157 Mio. Euro) ebenfalls zu keiner Nettoerhöhung des Universitätsbudgets führt. Nach dieser Überschlagsrechnung wird das Universitätsbudget von 2008 auf 2009 also nicht um ca. 400 Mio. Euro, sondern bedeutend geringer steigen.
- Der Uni-Globalbetrag soll einmal im Jahr 2010 gegenüber 2008 um 220 Mio. Euro erhöht werden und wird in den Folgejahren etwa auf diesem Niveau eingefroren. Und dies unter Einschluss des Mehraufwandes für den Uni-Kollektivvertrag von geschätzten 50 Mio. Euro.
- Unschärfe Abgrenzung von Uni- und sonstigem Hochschulbudget: Das BMBWF vermengt in Pressemeldungen gerne die beiden Begriffe Unibudget und Fachhochschulbudget. Durch diesen optischen Trick steigt natürlich die Gesamtsumme, also stieg auch das „Hochschulbudget“, denn das BMBWK verstand (so wie auch heute noch das BMBWF) unter Hochschulbudget die Bundesaufwendungen für die Universitäten und die Fachhochschulen. Minister Hahn hat diese Praxis des „Schönrechnens“ fortgesetzt. So wird das Budget der sogenannten „Eilte-Uni“ ISTA von derzeit 2,8 Mio. Euro auf 39,5 Mio. Euro im Jahr 2013 erhöht werden und unter dem Uni-Budget subsumiert.
- Unzulässige Etikettierung des FWF-Budgets als Bestandteil des Hochschulbudgets:
Ab 2002 wurde der Ansatz 65326 des BMVIT (FWF, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) in den offiziellen Statistiken des BMBWF (vormals BMBWK) zu ca. 85 % ins sogenannte Hochschulbudget einbezogen, mit dem Argument, dass ca. 85% der FWF-Förderungen ForscherInnen aus dem universitären Bereich zugeteilt werden. Im Bundesfinanzrahmen wird der FWF ab 2009 zur Gänze dem Hochschulbudget zugerechnet. Damit wird aber die Tatsache ignoriert, dass FWF-Förderungen von Gesetzes wegen in der Einnahmen-Ausgabenrechnung der Universitäten als Fremd- oder Drittmittel verbucht werden müssen.

2) Versagen beim FWF Budget

24.04.2009, *Presse und News*, www.bmwf.gv.at:

Wissenschaftsfonds FWF steht auf soliden finanziellen Beinen

„Bis 2013 bekommt der FWF aus meinem Haus jährlich 160 Millionen Euro. Das sind im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren 25 Prozent, also ein Viertel, mehr an Budget. Für das Jahr 2009 wurde der Anteil des Ordinariums von rund 77 Mio. € (2008) auf 134 Mio. € angehoben.“

Economy Nr. 75, August 2009, Presse und News, www.bmwf.gv.at:

"Der Wachstumspfad geht weiter"

(Frage an BM Hahn: Kommen wir zur Excellence-Strategie: Wo sehen Sie Österreichs Schwerpunkte?)

„Ein großes Anliegen war mir auch, für Kontinuität und Planungssicherheit zu sorgen.“

Das FWF-Budget etwa steht für die nächsten fünf Jahre, und es gibt ein Plus von rund 25 Prozent gegenüber den vergangenen fünf Jahren.“

Wahr ist vielmehr:

Das Budget des FWF ist bis 2013 auf dem Niveau von 2009, das sind 160 Mio. Euro, eingefroren. Real kommt dies einer jährlichen Senkung um etwa 3 % gleich, was bedeutet, dass das Budget des FWF im Jahr 2013 um rund 15 % kleiner sein wird als heute.

Aus dem aktuellen Arbeitsprogramm des FWF:

„Der Finanzrahmen bedeutet, dass 2009 gegenüber dem Jahr 2008 die Bewilligungsbudgets etwa um 18 % gekürzt werden müssen. Die im Mehrjahresplan 2009–2012 noch postulierte Frontrunner-Strategie mit deutlichen Budgetsteigerungen musste demnach einer Strategie der schadensminimierenden Kürzungen Platz machen.“

Mehr als ein Viertel des wissenschaftlichen Personals der Universitäten wird über international als ausgezeichnet bewertete Projekte des FWF mitfinanziert. Es mussten aufgrund fehlender Budgetmittel für den FWF im ersten Halbjahr 2009 sogar zwei Projektvergabesitzungen abgesagt werden. Auch der definitive Stopp für die Finanzierung von Overheadkosten sowie die auf unbestimmte Zeit verschobenen Exzellenzcluster werden Österreich keinen Aufholprozess gegenüber vergleichbaren Staaten ermöglichen.

OTS0108, 02. 06. 2009

"Das Institute of Science and Technology (IST) Austria ist eine neue, tragende Säule der heimischen Spitzenforschung". Nach siebenjähriger Aufbauarbeit wurde der Campus im Juni 2009 eröffnet, "ein sichtbares Zeichen und neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte der heimischen Forschung und Forschungsförderung".

Die Vorstellung, Wissenschaft und Nobelpreise ließen sich „top down“ verordnen, entspricht nicht der langjährigen Erfahrung von ExpertInnen¹. Erfolgreicher sind Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung zu erzielen, wenn sie nicht durch staatlich dirigierte 10-Jahrespläne, sondern durch gezielte Förderung bestehender Teams mit internationaler Reputation generiert werden. Bereits existierende Spitzenleistungen an Universitäten müssen zusätzlich durch bessere Budgets und damit Ressourcen, angelehnt an die Studie über Exzellenz Cluster des FWF im Auftrag des BMWF², unterstützt werden. Nur so können existierende Leistungsträger unabhängig von Standort und Forschungsdisziplin Anschluss an die internationale Spitze finden.

3) Erhöhen der Studierendenzahlen

Uni-Standard, September 2009, www.bmwf.gv.at

(Frage an BM Hahn: Studierende aus bildungsfernen Schichten sind in Österreich im OECD-Vergleich unterdurchschnittlich vertreten – diese Problematik ist schon lange

¹ <http://science.orf.at/science/news/126380>, <http://science.orf.at/science/news/131341>

² http://www.bmwf.gv.at/uploads/tx_bmwfcontent/exzellenzstudie_final_112006_01.pdf

bekannt. Hat die Politik in den letzten Jahren ausreichend auf diese Problematik reagiert? Welche Maßnahmen schlagen Sie vor um die soziale Durchlässigkeit des Hochschulsystems zu erhöhen?)

„Mir ist es ein großes Anliegen, dass junge Menschen aus allen sozialen Schichten Zugang zu Bildung haben. Das erfordert, dass wir entsprechend Bewusstsein schaffen und die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.“

Die Einführung der Studiengebühren im Wintersemester 2001 führte zu einem massiven Rückgang der Studierendenzahlen um 20%, vor allem jungen Menschen aus bildungsfernen Schichten und berufstätigen Personen wurde der Zugang zu den Universitäten erschwert. Der Anteil von Studierenden, die Studienbeihilfen beziehen, liegt ebenfalls deutlich unter dem Schnitt vergleichbarer Nationen (OECD 2008). Auch wenn die Anzahl der StudienanfängerInnen langsam wieder auf das Niveau vor Einführung der Studiengebühren gestiegen ist, so hat sich an der Zahl der Studierenden insgesamt nichts geändert. Was Studierendenzahl, Übertrittsquoten in den tertiären Bildungssektor und Anteil von AkademikerInnen und ForscherInnen betrifft, ist Österreich deutlicher Nachzügler.

Während die OECD Österreich bei der Altersgruppe der 25- 34 Jährigen mit einem Abschluss im Tertiärbereich lediglich Platz 30 von 36 Nationen zuweist, preist BM Hahn wissenschaftlich unhaltbare Daten von Studierendenzahlen und Betreuungsverhältnissen des Joanneum Research ("Die Struktur der Österreichischen Universitätslandschaft im Internationalen Vergleich", März 2009).

In Österreich wurden allgemeine Studiengebühren in den Siebzigerjahren abgeschafft und 2001 als Studienbeiträge für öffentliche Universitäten wiedereingeführt. Wie der Statistik Österreich (ÖSTAT) zu entnehmen ist, gibt es neben den Unterschieden im Sozialniveau einen signifikanten Zusammenhang zwischen Erhöhung des Frauenanteils und der Abschaffung der "Studenten" per Wintersemester 1972/73. So wie die Abschaffung der Studiengebühren maßgeblich zur Erhöhung des Frauenanteils bei den Studierenden beigetragen hat, so hatte die Einführung von Studiengebühren den gegenteiligen Effekt. Durch die Erschwerung des Hochschulzuges für Kinder aus einkommensschwächeren Familien ist bei mehreren Kindern mit einer Bevorzugung der männlichen Geschwister zu rechnen.

Zuletzt lag weiters die Erwerbstätigkeitsquote von Studierenden in Österreich bei über 80 Prozent (Bericht zur Sozialen Lage der Studierenden, Studierenden Sozialerhebung 2006). Vor allem diese notwendige Erwerbstätigkeit neben der Berufsausbildung führt oft zu Zeitverzögerungen im Studium und dadurch zum Verlust der wichtigen Beihilfen, die auch heute noch weniger als 20 % der Studierenden in Österreich beziehen.

BM Hahn unterschätzt offenbar die mit einem Studium verbundenen Kosten, die von Studierenden und ihren Eltern aufgebracht werden müssen. Verzicht auf Jahre des Einkommens, das Fehlen notwendiger Beitragsjahre in der Sozialversicherung und die Kosten für den Lebensunterhalt machen Studieren keineswegs gratis.

Inakzeptabel und ein Spiel mit Vorurteilen und Emotionen ist der Hinweis auf die Kosten pro Studierenden. Hahn befindet sich hier in bester Tradition mit dem ehemaligen Kanzler Schüssel, der die Universitätsbudgets lediglich durch die Zahl der Studierenden dividieren ließ. Das entspricht nicht internationalen Gepflogenheiten und ist nicht „state of the art“. Der Anteil der Lehre und damit ihrer Kosten am Universitätsbudget wird über alle Studienrichtungen gerundet mit max. 40 % berechnet. Studierende sind daher wesentlich billiger als vorgetäuscht.

4) UG Novelle: Die vertane Chance

Die Geheimniskrämerei nahm bei der UG-Novelle 2009 im Wissenschaftsministerium neue Maßstäbe an. Nur hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt und besprochen, die Oppositionsparteien sowie sämtliche anderen interessierten und betroffenen Gruppen wurden nicht miteinbezogen. Eine zeitgerechte Offenlegung des Gesetzesentwurfs wurde vielfach gefordert, aber nicht umgesetzt. Die Chance für einen „großen Wurf“ im Sinne von notwendigen und sinnvollen Verbesserungen hat der Gesetzgeber leider nicht genutzt. Viele der Befürchtungen haben sich bewahrheitet: Mit der UG-Novelle 2009 wird die Autonomie der Universitäten noch weiter ausgehöhlt.

Insbesondere die erweiterten Befugnisse des Universitätsrates bei gleichzeitiger Schwächung des Senates waren Kern der vielfach geäußerten Kritik. Unscharf und vage blieben die Regelungen über Zulassungsverfahren und Einstiegssemester als mögliche Orientierungsphasen. Es ist unverkennbar, dass keine Offensive für höhere Bildung breiterer Bevölkerungsschichten geplant ist.

Auf viele der hinlänglich bekannten Probleme, wie etwa die der ausgegliederten Medizinischen Universitäten und der durch die Trennung entstandenen Mehrkosten, wurde in der Novelle nicht reagiert.

5) Zugangsbeschränkungen oder Ausgleichszahlungen?

Österreich braucht mehr Studierende, um den Anschluss an die europäische Spitze zu finden. Zugangsbeschränkungen sind hier kontraproduktiv. Statt in eine Grundsatzdebatte einzutreten und in höhere Bildung zu investieren, endlich breiteren Bevölkerungsschichten diesen Zugang zu ermöglichen, reagiert BM Hahn mit Notwehr- und Feuerwehraktionen, die sich jährlich wiederholen. Im Gegenteil: es braucht ein klares politisches Bekenntnis mit einem entsprechenden Universitäts-Budget.

APA170, 13. 10. 2009

Hahn gegen Ausgleichszahlungen von Deutschland: "Problem lösen durch Zugangsbeschränkungen"

Österreich habe eine ausgeglichene Bilanz, es würden auch viele heimische Studierende ins Ausland gehen. Das Problem der Studienzuwächse ließe sich durch die Wiedereinführung von Zugangsbeschränkungen lösen. Ausgleichszahlungen hätten auf europäischer Ebene keine Relevanz, da es sich um ein Problem im deutschsprachigen Raum handle. Er sei dafür, die Mobilität der Studierenden zu erhöhen und "nicht künstlich Barrieren aufzubauen durch Ausgleichszahlungen".

Im Wintersemester 2008/2009 kamen nach Angaben des Wissenschaftsministeriums mit 18 000 Studentinnen und Studenten sieben Prozent aller Studierenden aus Deutschland (18 000 von 240 000).

Die skandinavische Bildungskooperation, die auf ein Abkommen zwischen Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Island beruht, funktioniert durch Beitragszahlungen zu einem gemeinsamen Finanzierungstopf, der sich prozentual aus den jeweiligen nationalen Bildungsbudget errechnet. Aus diesem gemeinsamen Topf werden die jeweiligen Mehrbelastungen einzelner Länder zwar nicht völlig

ausgeglichen, aber zumindest gedämpft. Auch hier reagierte BM Hahn defensiv und lässt nachhaltige Gespräche, sowohl bilateral wie auch auf EU Ebene, vermissen.

6) Versagen in internationaler Forschungspolitik:

Der von BM Hahn geplante Austritt Österreichs aus dem international hoch angesehenen Teilchenforschungszentrum CERN hat international Staunen und Verwunderung hervorgerufen und zur Solidarisierung vieler WissenschaftlerInnen, Universitäten und Forschungseinrichtungen geführt.

Die unverständliche, übereilte und undiplomatische Entscheidung hat der Reputation Österreichs in der Wissenschaftlichen Community Schaden zugefügt, was alles andere als ein Empfehlung für seine zukünftigen europäischen Aufgaben darstellt.

Ein Ausstieg nach mehr als 50 Jahren Mitgliedschaft, zu einem Zeitpunkt, wo der Start der weltgrößten Forschungsmaschine, dem LHC (Large Hadron Collider), unmittelbar bevorsteht, muss verwundern. Dass dieser Austritt lediglich mit Kosten argumentiert wird, deren zu erwartende Renditen für Wissenschaft und Wirtschaft unter den Tisch gekehrt wurden, zeigt erneut die wahre Misere unserer Bildungs- und Forschungsbudgets. Wie so häufig wird von internationaler Mobilität und Vernetzung geredet, aber nicht gehandelt.

Fazit:

Bundesminister Hahn betreibt eine defensive Bildungs- und Forschungspolitik. Grundsatzdebatten über Ziele und Aufgaben des tertiären Bildungssektors wurden jahrelang versäumt und sind Ursache fehlender Strategien. Ein breiter und rechtzeitiger Dialog mit den Betroffenen und ExpertInnen wurde nie ausreichend und konsequent verfolgt. Die Budgets liegen meilenweit hinter einem Budgetpfad, der 2 % des BIP erreichen sollte. Studierenden wird vermittelt, sie seien nicht erwünscht. Beschönigung und Verschleierung können nicht weiter Grundlage einer Universitätspolitik bleiben. Die Situation von Lehre und Forschung ist in vielen Bereichen inakzeptabel, in manchen schlicht desaströs. Es reicht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird im Sinne des Art. 74 B-VG das Vertrauen versagt.“